

**Rede von Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters anlässlich des
Empfangs zum Tag der Arbeit am 30. April 2015, 19 Uhr,
Historisches Rathaus, Piazzetta**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Ségol,
sehr geehrte Herr Kossiski, lieber Andreas
sehr geehrter Herr Schmidt,
liebe Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Verwaltung,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich, Sie anlässlich des Empfangs zum Tag der Arbeit hier in der Piazzetta des Historischen Rathauses begrüßen zu können. In diesem Jahr begehen wir ein Jubiläum, denn bereits seit 125 Jahren demonstrieren die Gewerkschaften am 1. Mai für die Rechte der arbeitenden Menschen.

Ich begrüße auch die ehemalige stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Frau Professor Doktor Ursula Engelen-Kefer. Herzlich willkommen!

Erst vor wenigen Wochen hatte ich ein intensives Gespräch mit der Deutschen Gewerkschaftsbund-Jugend. Von ihr stammt auch die Anregung, die heutige Veranstaltung ganz geschlechtsneutral „Empfang zum Tag der Arbeit“ zu nennen, die ich gerne aufgegriffen und umgesetzt habe.

Aber auch über die Themen Ausbildungsquote sowie Übernahme der Auszubildenden bei der Stadt Köln haben wir gesprochen.

Ich freue mich, Ihnen heute mitteilen zu können, dass die Stadt Köln zukünftig verstärkt attraktive Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten anbieten wird.

Wir werden den städtischen Auszubildenden in den klassischen Verwaltungsberufen zukünftig eine Übernahme nach ihrer Ausbildung garantieren. Zu dieser

Entscheidung haben auch Sie mit Ihrer Initiative beigetragen, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Deutschen Gewerkschaftsbund-Jugend.

Für unsere Auszubildenden aller anderen Berufsbilder werden wir möglichst weitreichende Übernahmeregelungen finden. Gute Leistungen und die persönliche Eignung werden selbstverständlich vorausgesetzt.

Damit schaffen wir eine große Planungssicherheit für unsere Auszubildenden, die mir gerade für unsere jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger ein wichtiges Anliegen ist.

Darüber hinaus werden wir bei guten Leistungen zukünftig verstärkt vorzeitige Entfristungen von sachgrundlos befristeten Beschäftigungsverhältnissen ermöglichen. Wir prüfen zudem, ob auf sachgrundlose Befristungen weitgehend verzichtet werden kann. Wir wollen, wo immer möglich, diese Beschäftigungsverhältnisse zurückfahren, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Anfang an Sicherheit durch eine unbefristete Beschäftigung bei der Stadt Köln bieten zu können.

Die Stadt Köln als wachsende Stadt benötigt dringend qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um den Herausforderungen der Zukunft gerecht werden zu können.

Ich möchte zudem die heutige Gelegenheit nutzen, um an die Vertreterinnen und Vertreter der stadtnahen Gesellschaften und auch weiterer Arbeitgeber zu appellieren, ihre Ausbildungsaktivitäten ebenfalls zu verstärken. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und in Zeiten von Fachkräftemangel investieren Sie auf diesem Wege nicht nur in Ihre eigene sondern in unser aller Zukunft.

Meine Damen und Herren,
die deutsche Wirtschaft wächst und ist die Wachstumslokomotive Europas. Die Erwerbstätigkeit in Deutschland entwickelt sich positiv.

Seit geraumer Zeit ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Köln auf einem hohen Niveau. Sie befindet sich derzeit auf einem neuen Höchststand. Es

kann davon ausgegangen werden, dass die Tendenz weiter steigt und sich der Kölner Arbeitsmarkt weiter stabilisiert.

In Köln werden Arbeitskräfte gesucht. Die Zahl der offenen Stellen lag im März dieses Jahres mit 7.648 um 5,6 Prozent über dem Februar-Wert. Gegenüber März 2014 ist das ein Plus von 1.172 Stellen oder 18,1 Prozent.

Gegenüber dem Vorjahr sank die Zahl der gemeldeten arbeitslosen Menschen um 0,9 Prozent; sie liegt derzeit bei rund 53.992 Personen. Dabei ist die Entwicklung bei den jüngeren Arbeitslosen (unter 25 Jahre) erfreulich. Ihre Zahl ist gegenüber dem Vorjahresstand um 9,8 Prozent zurückgegangen.

Im SGB III-Bereich ist die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahr mit einem Rückgang von 2,1 Prozent deutlich stärker gesunken als im SGB II-Bereich (-0,5 Prozent).

Viele im Jobcenter arbeitslos Gemeldete, darunter vor allem Langzeitarbeitslose, konnten von diesem Beschäftigungshoch jedoch nicht profitieren. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen stieg zum Ende des ersten Quartals dieses Jahres um 2,3 Prozent gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres.

Wir dürfen nicht nachlassen in unseren Anstrengungen – denn in Köln sind zu viele Menschen langzeitarbeitslos. Auch wenn die derzeitigen Prognosen sagen, dass der Arbeitsmarkt in Köln weitgehend stabil bleiben wird, profitieren diese Menschen noch viel zu wenig von dem derzeitigen Beschäftigungshoch.

Langzeitarbeitslosigkeit wird überwiegend durch fehlende berufliche Qualifikation verursacht. Von den über 11.000 jungen Kölner Arbeitslosengeld II-Empfängerinnen und -Empfängern im Alter von 25 bis 35 Jahren haben rund 7.500 keinen Berufsabschluss. Dies macht deutlich, dass eine abgeschlossene Berufsausbildung die wichtigste Basis für eine stabile Erwerbsbiographie ist.

Und: Die Erwerbsmöglichkeiten für Geringqualifizierte werden immer schlechter. Das Angebot von Helferjobs ist rar. Auf eine freie Stelle in diesem Bereich gibt es 22

Bewerbungen. Dazu endet in Köln nahezu die Hälfte der Arbeitsverhältnisse von Unqualifizierten bereits innerhalb der ersten sechs Monate.

Mit Blick auf diese vielen jungen Menschen ist die Wichtigkeit einer beruflichen Ausbildung dringend zu verdeutlichen. Aber wir brauchen auch engagierte Unternehmen, die Kompromisse eingehen und diesen Menschen mit ungeraden Lebensläufen eine Chance auf Integration in den Arbeitsmarkt geben.

Dem zentralen Problem der Langzeitarbeitslosigkeit zu begegnen, erfordert gemeinsames Handeln. So entwickelten die Mitglieder des Kommunalen Bündnisses für Arbeit Köln, als Gremium der wichtigsten lokalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktakteure, im Rahmen ihrer strategischen Partnerschaft unter anderem das „Kölner Bildungsmodell“.

500 junge, langzeitarbeitslose Menschen mit Schulabschluss erhalten die Möglichkeit, durch aufeinander aufbauende, zertifizierte Teilqualifizierungen über einen Zeitraum von bis zu acht Jahren, einen Berufsabschluss zu erlangen. Im Rahmen der Maßnahme können zeitlich überschaubare Qualifizierungsbausteine in Phasen der Arbeitslosigkeit und Beschäftigung durchlaufen werden. Jeder Qualifizierungsbaustein schließt mit einem Zertifikat der Industrie- und Handelskammer zu Köln bzw. der Handwerkskammer zu Köln ab und führt zu einer Externen-Prüfung bei der jeweiligen Kammer hin.

Die Bündnismitglieder sind sich einig, dass von diesem Modellprojekt neben den Menschen auch Unternehmen profitieren. Die Unternehmen erhalten verlässliche Informationen über die Qualitäten und Qualifikationen der Teilnehmenden. Ein großer Praxisanteil führt dazu, dass die Betriebe diese Fachkräfte unmittelbar einsetzen können.

Auch wenn auf kommunaler Ebene die Handlungsspielräume sehr eingeschränkt sind, bietet dieses Gremium die Plattform, Einfluss auf die lokalen und kommunalen Rahmenbedingungen und damit auch auf die Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation zu nehmen. Alle Beteiligten handeln auch in kontroversen Fragestellungen sachlich und konstruktiv und arbeiteten daran, die

vielfältigen Impulse und Diskussionen in Vereinbarungen und Verabredungen zu konkretem Handeln umzusetzen. So unterstützt das Bündnis angesichts der Bedeutung der Fachkräfteentwicklung als wichtiger Standortfaktor die Aus- und Weiterbildung von qualifizierten Arbeitskräften.

Als Beispiel greift das Modellprojekt „Umsteigen“ diesen Aspekt auf. Hier werden Studierenden, die ihr Studium nicht zu Ende führen wollen, aber auch Unternehmen über attraktive Verkürzungs- und Anrechnungsmodelle sowie alternative Wege zur Einmündung in eine Ausbildung informiert.

Darüber hinaus beteiligt sich die Stadt Köln seit 2012 mit dem Kompetenzzentrum Frau & Beruf Region Köln an der Landesinitiative „Frau und Wirtschaft“ (Competentia NRW). Ziel der Initiative ist es, mehr berufliche Gleichstellung von Männern und Frauen zu erreichen und die Bedingungen der Frauenerwerbstätigkeit zu verbessern, um diese nachhaltig zu steigern.

Handlungsschwerpunkte des Kompetenzzentrums waren bisher:

- Förderung der Teilzeitberufsausbildung und gendergerechten Berufsausbildungen in MINT-Berufen,
- Sensibilisierung und Unterstützung von Unternehmen für eine familienbewusste Personalpolitik auf allen Hierarchieebenen,
- Sensibilisierung und Gewinnung von Unternehmen zur Förderung der beruflichen Inklusion von Frauen mit Behinderung

Meine Damen und Herren,

mit dem Mindestlohngesetz, das am 16. August 2014 in Kraft getreten ist, gilt seit dem 1. Januar 2015 der Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro brutto je Zeitstunde. Mit einer Übergangsfrist, die tarifvertragliche Ausnahmen zulässt, gilt er ab 2017 flächendeckend ohne Ausnahme.

Dazu bietet das Arbeitnehmer-Entsendegesetz den Rechtsrahmen, um tarifliche branchenbezogene Mindestlöhne auf alle Arbeitgeber, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einer Branche zu erstrecken – unabhängig davon, ob der Arbeitgeber seinen Sitz im In- oder Ausland hat.

Ziel ist es, prekäre Arbeit zu überwinden und über eine Stärkung des Tarifsystems gerechte Löhne zu ermöglichen. Der flächendeckende Mindestlohn stellt einen Meilenstein in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik dar – denn, er wirkte schon, bevor er überhaupt in Kraft getreten war. Er sorgte in Branchen für steigende Löhne, die jahrelang als Sinnbild für Lohndumping und Niedrigstlöhne galten. So wurden beispielsweise in der Fleischindustrie und im Friseurbereich kurzfristig Tarifverträge möglich.

Sozial abgesicherte und gute Arbeit muss wieder die Norm sein!

Nach der Einführung des Mindestlohns ist in keiner Weise absehbar, dass er den günstigen Arbeitsmarkttrend in Frage stellt. Daraus lässt sich schließen, dass der eingeschlagene Weg der richtige ist, auch wenn sicherlich noch einiges zu tun ist. Nötig sind klare Regeln, wirksame Kontrollen und ein Dialog zwischen Unternehmen und Gewerkschaften.

Meine Damen und Herren,

Solidarität mit Menschen in Not, Solidarität mit den Menschen, die aufgrund von Verfolgung, Krieg, Hunger, wirtschaftlicher Not und Diskriminierung aus ihrer Heimat fliehen und bei uns Schutz für sich und ihre Familien suchen: Dies ist unsere humanitäre und christliche Verpflichtung und wesentliche Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Durch die Zuspitzung der internationalen Krisenlagen nimmt die Zahl der Flüchtlinge weiter deutlich zu. Angesichts der vielen Krisengebiete in der Welt müssen wir heute davon auszugehen, dass auch die Zahlen der hier in unserer Stadt unterzubringenden Flüchtlinge weiter steigen werden. Mittlerweile ist die Zahl der in Köln untergebrachten Flüchtlinge auf über 6000 Personen angestiegen

Doch ist es nicht nur unsere Pflicht, die Menschen, die zu uns kommen, menschenwürdig unterzubringen.

Wir müssen auch die Voraussetzungen dafür verbessern, dass junge Menschen, die auf der Flucht vor Krieg und Vertreibung nach Deutschland gekommen sind, hier eine Ausbildung aufnehmen und erfolgreich abschließen können.

Wir in Köln wissen dies und verfügen deswegen über verschiedene Instrumente, um diesen Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Ausbildung zu ermöglichen und den Einstieg in das Berufsleben zu erleichtern.

Hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang die Internationale Seiteneinsteigerklassen – sogenannte Vorbereitungsklassen (Primar- und Sekundarstufe I.-Bereich) bzw. Internationalen Förderklassen (Berufskolleg). In diesen werden alle zugereisten Kinder und Jugendlichen ohne bzw. mit geringen Deutschkenntnissen, also nicht nur Flüchtlinge sondern auch andere Zuwanderer, beschult.

Für die Zuweisungen im Primar- / Sekundarstufe I-Bereich ist dabei das Schulamt zuständig, für die Berufskollegs das Kommunale Integrationszentrum der Stadt Köln in Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung Köln. Vor der Zuweisung durch uns erfolgt immer eine Beratung durch das Kommunale Integrationszentrum.

Derzeit werden circa 190 Kinder / Monat zugewiesen. Im vergangenen Schuljahr wurden 77 Vorbereitungsklassen in der Primarstufe und der Sekundarstufe I eingerichtet. Bis Ende des laufenden Schuljahres werden es voraussichtlich schon 145 Vorbereitungsklassen sein, davon 89 Klassen an den Schulformen der Sekundarstufe I und 56 Klassen an Grundschulen.

Gleichzeitig möchte ich aber auch an Sie den Appell richten, meine Damen und Herren, Flüchtlingen eine Ausbildung in Köln zu ermöglichen. Selbstverständlich müssen dafür die Rahmenbedingungen geklärt werden, wie etwa Deutschkurse und ein Bleiberecht für die Dauer der Ausbildung oder bei einer Übernahme.

Auch der deutsche Handwerkspräsident Hans Peter Wollseifer machte sich vor diesem Hintergrund auf der Frühjahrstagung der Kreishandwerkerschaft im März dieses Jahres für die Ausbildung von Flüchtlingen in Deutschland stark.

Ich möchte in diesem Zusammenhang aber auch ein Lob und meine Anerkennung an die Gewerkschaften aussprechen, die sich geschlossen gegen Kögida beziehungsweise Pegida und damit gegen fremdenfeindliches Denken in unserer Gesellschaft gestellt haben. Treten wir gemeinsam für diese Werte ein!